

3. UN-WELTSIEDLUNGSGIPFEL: CHANCEN UND RISIKEN DER LANDFLUCHT

„Wir benötigen eine Neuerfindung der Städte“

Hans Joachim Schellnhuber

hat Physik und Mathematik in Regensburg studiert. 1980 promovierte der heute 66-Jährige in Theoretischer Physik, 1985 folgte die Habilitation. Seit 1992 leitet er das von ihm gegründete Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Gemeinsam mit Dirk Messner vom Bonner Institut für Entwicklungspolitik hat er zudem den Vorsitz des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) inne.

Selten sind mir bei einer Recherche so viele Prognosen mit Superlativen aufgefallen wie beim Thema Urbanisierung: Bis 2050 werde sich die Zahl der Megastädte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern verdoppeln, heißt es. Oder: In den nächsten drei Jahrzehnten werden die Städte so viel zusätzliche Fläche benötigen wie in der Menschheitsgeschichte bislang bebaut wurde. Wie wahrscheinlich ist das alles?

Hans Joachim Schellnhuber: Der Prozess ist tatsächlich im vollen Gange – das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Städte sein. Um noch einige Prognosen hinzuzufügen: Heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, das sind rund 3,5 Milliarden Menschen, in den Städten. Bis 2050 werden es dreiviertel aller Menschen sein, das sind dann wohl mehr als sieben Milliarden. Oder anders ausgedrückt: Die urbane Bevölkerung des Jahres 2050 wird größer sein als die heutige gesamte Weltbevölkerung. Pro Woche steigt die Zahl der Einwohner in urbanen Gebieten um 1,4 Millionen. Man kann getrost sagen: Die Menschheit zieht um.

Was hat das für Auswirkungen?

Bereits heute verursachen die Städte 75 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Bauen wir in den Städten der Entwicklungs- und Schwellenländer wie bisher mit Zement, Stahl und Aluminium, um den Zuzug der Menschenmassen zu bewältigen, dann wird allein dadurch zwei Drittel des nach dem Pariser Klimaabkommen noch zur Verfügung stehenden CO₂-Budgets aufgebraucht. Wir benötigen also eine Neuerfindung der Städte im Zeitraffer. Sonst können wir die Klimaschutzziele vergessen.

Lassen Sie uns zunächst einmal klären, warum es überhaupt zu dieser Wanderungsbewegung kommt.

Wir erleben im globalen Maßstab jetzt das, was sich zuerst während der Industriellen Revolution in England seit dem späten 18. Jahrhundert abgespielt hat. Während zuvor rund 80 Prozent der Briten auf dem Land und 20 Prozent in den Städten lebten, drehte sich das Verhältnis bis 1900 komplett um. Dieser Prozess lief später auf ähnliche Weise in allen Industrieländern ab. Mit der zunehmenden Industrialisierung und der Globalisierung wird jetzt in Afrika und Teilen von Asien und Lateinamerika diese Entwicklung mit aller Heftigkeit nachvollzogen. Diesen Umzug halbwegs friedlich und geordnet hinzubekommen, ist das größte Projekt der bisherigen Menschheitsgeschichte.

Und wie schafft man so etwas?

Auch hier hilft ein Blick in die Vergangenheit. Was ist im England der Industriellen Revolution passiert? Die Menschen strömten massenhaft in die Städte, in denen sich unmögliche Zustände entwickelten. Industriebetriebe, Handel, Handwerk und Wohnen ballte sich in den alten Stadtkernen. Die Städte waren extrem verdichtet, die Men-

schen lebten zusammengepfercht unter katastrophalen Bedingungen. Es war klar, dass es so nicht weitergehen konnte.

Wer trieb die Änderungen voran?

Ab 1910 entwickelten Architekten wie zum Beispiel Le Corbusier die Idee der funktionalen Entflechtung. Sie forderten, die Funktionen einer Stadt auseinanderzudividieren. Wohnen, Arbeiten und Freizeit sollten voneinander getrennt werden. Die Vorstellungen sind dann nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt umgesetzt worden. Doch schon bald zeigten sich die Nachteile. Denn diese Gestaltung erfordert enorm viel Fläche und verursacht einen hohen Verbrauch fossiler Brennstoffe schließlich müssen die Bewohner hin- und hertransportiert werden. Der Stadtkern wurde letztlich nur noch ein Drehkreuz. Das gipfelte im verrückten Ziel der autogerechten Stadt, die kein menschenfreundlicher Kulturraum mehr war. Das musste in eine Sackgasse führen.

Wann begann das Umdenken?

Vor etwa 20 Jahren setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Nachteile dieser Entflechtung größer sind als die Vorteile. Die Ant-

wort der Städteplaner und Architekten war die Wieder-Verdichtung, sehr schön zu beobachten etwa in Berlin. Die Stadtkerne werden vitalisiert, Wege verkürzt, der Ausstoß von Treibhausgasen wird reduziert. Doch gerade erleben wir die Schattenseiten auch dieser Entwicklung: Jede Freifläche innerhalb der Stadt wird bebaut, die Immobilienpreise und damit die Mieten steigen. Normale Bürger können sich das Leben in der Stadt immer weniger leisten. Sie werden in die Vororte verdrängt.

Wir brauchen also eine neue Vision?

So ist es. Die Zeit drängt, denn die Städte wie Lagos oder Manila entwickeln sich viel schneller als die Städte damals in England. Eine erneute Verdichtung, um die Ballungsräume wieder lebenswert zu machen, kann aber wie beschrieben nicht die Antwort sein, auch nicht in Afrika oder Asien. Der Klimawandel verschärft das Problem. Eine Stadt wie Hongkong kann doch nur überleben dank fossiler Brennstoffe. Da wir jedoch die Energieerzeugung auf Sonne, Wind oder Biomasse umstellen müssen, brauchen wir wieder große freie Flächen bei der Stadtplanung. Der Wissenschaftliche Beirat Globale

Umweltveränderungen hat sich deshalb in seinem aktuellen Gutachten anlässlich der Habitat-III-Konferenz Gedanken dazu gemacht, wie die Ballungsräume der Zukunft aussehen müssen. Unsere Antwort heißt: Polyzentrische Integration.

Das müssen Sie genauer erklären.

Statt Megacities, die eine beträchtliche Landflucht erzeugen und sich mit einer wachsenden Zahl von Vororten und Satellitenstädten verbreitern, benötigen wir ein gesundes Gefüge aus Klein-, Mittel- und Großstädten, die organisch miteinander verbunden sind, aber auch miteinander in Konkurrenz stehen. Die Flächen zwischen diesen Städten können nicht nur für die Freizeit genutzt werden, sondern für die Erzeugung regenerativer Energie. Damit die Versorgung gewährleistet ist, ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Fläche und Einwohnerzahl nötig.

Wäre das Ruhrgebiet ein Vorbild für diese Siedlungsstruktur?

Ja, wenn der Strukturwandel dort tatsächlich klappt. Es gibt aber auch schon funktionierende Beispiele, etwa die San Francisco Bay Area in den USA, das Perflussdelta in China oder die Emilia Romagna in Italien.

Wie wollen Sie aber verhindern, dass eine Stadt in diesem Gebilde am Ende doch wieder zu einer Megacity wird?

Wir erleben in der Tat, dass die Kapitalen ihr Hinterland geradezu aussaugen. Alles Kreative konzentriert sich dann in den Städten. Aber das muss nicht sein. Durch eine geschickte Politik sollte es möglich sein, weitere attraktive Kerne zu bilden, etwa durch mehr Autonomie der Städte bei den Finanzen. Kleinere Städte sind oftmals auch viel kreativer. Die Industrielle Revolution in Großbritannien wurde nicht in London vorgebracht. Nein, die Innovationen kamen aus Kleinstädten wie Bolton oder Cromford, die heute praktisch unbekannt sind. Und in der Renaissance ging der Fortschritt von den Städten in Ober- und Mittelitalien aus, nicht von Rom. Auch Deutschland erlebte eine Blütezeit, als die kreativen Zentren Jena, Dessau oder Weimar hießen.

Heute sind diese jedoch zu eher unbedeutenden Städten geworden. Deshalb noch einmal die Frage: Wie schafft man konkurrenzfähige Zentren?

Die kleineren Städte müssen eigene Identitäten entwickeln. Sie müssen für die Menschen attraktiv sein, mit Bildungs- und Kulturangeboten. Das können sie im Zweifel nicht aus eigener Kraft schaffen, dafür muss es auch nationale Anstrengungen geben. Aber das ist machbar. Wir glauben zudem, dass die Digitalisierung hier mithelfen kann. Denn es wird immer unwichtiger, an welchem Ort man tatsächlich arbeitet. Da wird eine kleinere Stadt außerhalb einer riesigen Metropole mit preiswerten Mieten, kleineren Hochschulen und Theatern eine sehr attraktive Alternative.

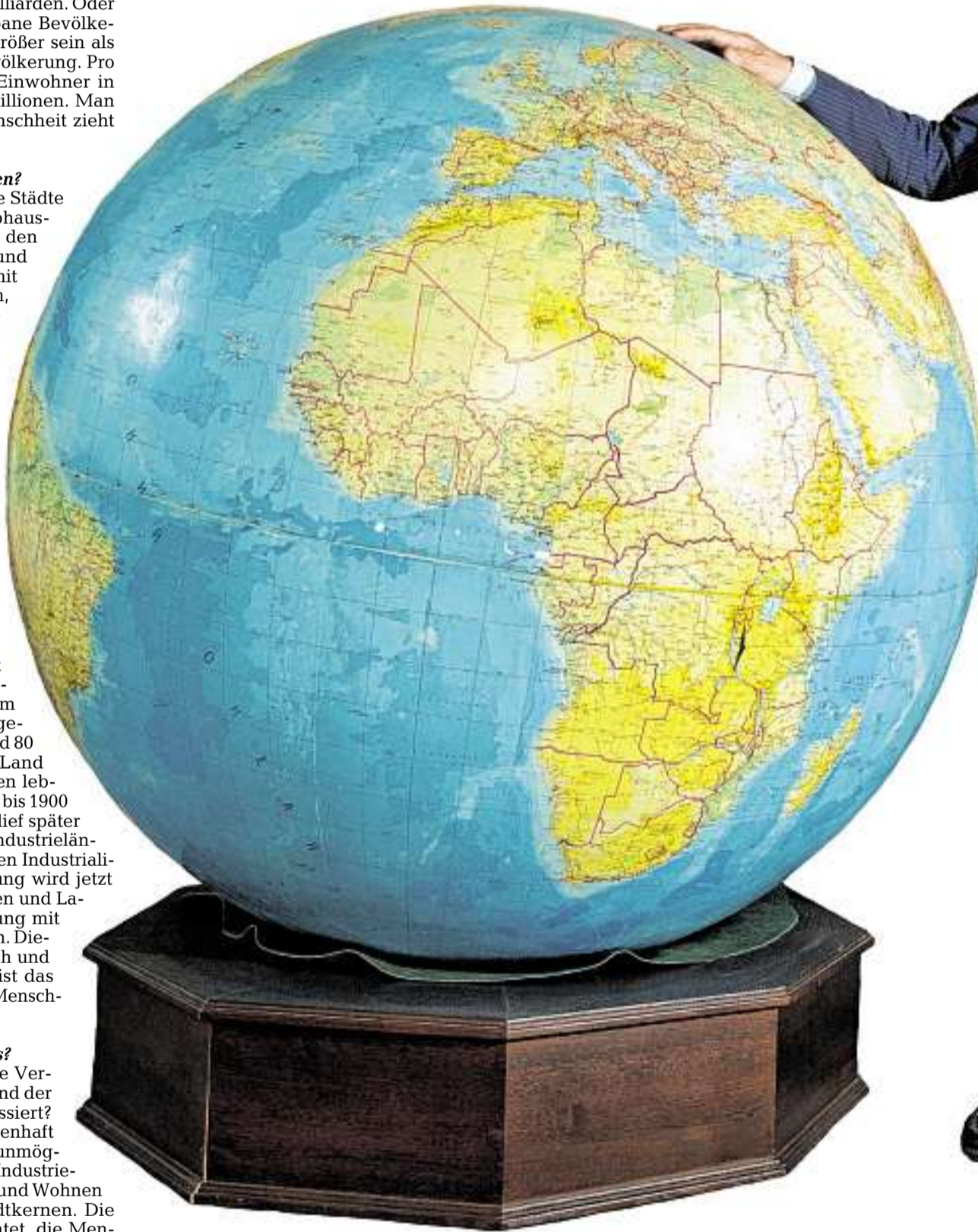
Sie sagten allerdings selbst, dass die Zeit drängt. Kann man den Zuzug in die Megastädte in Afrika oder Lateinamerika noch stoppen?

Es muss uns gelingen. Eine Entwicklung hilft uns dabei: Viele der riesigen Städte haben längst ihre maximale Aufnahmekapazität erreicht. Sie zerfallen an den Rändern in Satellitenstädte. Das ist eine Chance. Natürlich müssen Politik, Städteplanung und Architektur den Prozess aktiv begleiten und fördern. Dazu noch einmal eine Zahl: Wenn wir nichts tun, könnte sich die Zahl der Slumbewohner weltweit auf bis zu drei Milliarden Menschen verdreifachen. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat das treffend formuliert: Der Kampf um die Nachhaltigkeit wird in den Städten gewonnen – oder verloren.

Die Fragen stellte Timot Szent-Ivanyi.

Statt Megacities auf den armen Kontinenten setzt Hans-Joachim Schellnhuber auf ein gesundes Gefüge aus Klein-, Mittel- und Großstädten.

FOTO: DPA



Schöner Leben unter der Smogglocke

VON BENNO SCHWINGHAMMER

Er habe wohl die einzige „Grüne Moschee“ in ganz Ägypten, sagt Mohamed Taha und schaut über die Beete mit italienischem Basilikum und frisch eingepflanztem Spinat. Hinter dem Hausmeister mit dem Gebetsmal auf der Stirn ragt das gelbliche Minarett in den Kairoer Abendhimmel. Tahas Dachgarten auf dem Gotteshaus ist hier der einzige grüne Fleck in einem Meer aus Beton, Backsteinen und Plastikmüll, das die 20-Millionen-Megacity prägt.

Doch es gehe nicht nur ums „Schöner Wohnen“ unter der Smogglocke, erklärt Ehab Kamel von der Nichtregierungsorganisation Schaduf, die die Dachgärten und ihre Besitzer betreut. „Die Beete wirken im Sommer wie eine natürliche Isolation gegen die Hitze“, erklärt Kamel. Zudem reinigen die Pflanzen, seien es auch nur einige wenige, etwas die verpestete Luft der überbevölkerten ägyptischen Hauptstadt. Nicht zuletzt verkaufe Schaduf die Ernte und Sorge so für eine zusätzliche Einnahmequelle in den Armutsvierteln. Es ist ein Beispiel, das auch im fernen Quito Beachtung findet. Dort treffen sich bis diesen Donnerstag rund

40 000 Teilnehmer zum dritten UN-Weltsiedlungsgipfel. Es geht um eine neue „Urban Agenda“, bis 2030 werden statt heute knapp 55 Prozent bis zu 70 Prozent der globalen Bevölkerung in Städten leben. Der CO₂-Ausstoß, der Smog, Verkehrs- und Versorgungsprobleme sind nur einige der großen Herausforderungen.

Es gibt keine maßgeschneiderten Lösungen – aber Projekte wie in Kairo zeigen: Auch kleine Schritte helfen. Im Stadtteil Esbet al-Nasser, nahe einer Kreuzung zweier Stadt- und Autobahnen, sind die Straßen sandig und riechen nach den Schafen und Straßenhunden, die sich durch den Abfall wühlen. Die Menschen hier sind argwöhnisch, wenn ein Fremder durch die engen Gassen der illegal errichteten Häuser spaziert. „Die Leute haben uns erst nicht geglaubt, als wir ihnen das Stadtgarten-Projekt vorgestellt haben“, erklärt Kamel.

Was solle das schon bringen, meinten sie, diese ganze Arbeit für ein bisschen Grünzeug? Mohamed Taha jedenfalls, der mit seinem Sohn eben noch Samen in die feuchte Erde gedrückt hat, bringt es eine Menge. Vor allem Spaß, sagt er. „Ich arbeite viel, ja, aber ich liebe es.“

Es war 2014, als die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) begann, das Vorhaben der Stadtgärten in Kairo zu fördern. Es ist eines von vielen Kleinprojekten der Entwicklungshilfe-Organisation, die im Auftrag der Bundesregierung und mit Unterstützung der EU durchgeführt werden, um das Leben unter anderem in

Kairo zu verbessern und nachhaltiger zu gestalten.

Die GIZ arbeite vor Ort mit Nichtregierungsorganisationen zusammen, die eine Expertise auf diesem Arbeitsfeld aufgebaut haben und das Geld gezielt einsetzen sollen, erklärt GIZ-Experte Günther Wehenpohl. Doch in einem Moloch wie Kairo, in



Anpflanzung von Spinat auf dem Dach einer Moschee in Kairo. Das von Deutschland geförderte Projekt versucht, lebenswerte Oasen in der Megacity zu schaffen. FOTO: DPA

dem die Infrastruktur marode und die Behörden überfordert sind, können solche Projekte nur der Anstoß für einen Prozess sein. „Wir können nicht alle Probleme lösen, wir können aber Lösungswege aufzeigen“, erklärt Wehenpohl. Auch die Nachhaltigkeit sei dabei immer ein Thema, wenn die Finanzierung auslaufe. Laut Wehenpohl laufe ein Großteil der Projekte auch danach weiter.

Ein Problem ist mitunter die Kooperation mit den Partnerländern. In Ägypten herrscht eine autoritäre Regierung, die Engagement leicht als Intervention betrachtet. Entwicklungshelfer verschiedener Länder sagen hinter vorgehaltener Hand, ihr Geld sei willkommen, nicht aber ihre Arbeit. Wechselnde Zuständigkeiten und unzureichende Organisation in den Ministerien gefährde so manche Umsetzung. Die grassierende Korruption am Nil sei dabei allgegenwärtig. Ein Problem, dem die GIZ mit höchstmöglicher Transparenz bei der Vergabe und Verwendung von Geldern entgegenwirken will – wo früher die klassische Entwicklungshilfe auf dem Land stattfand, werden städtische Projekte wie Kairo's Gartendächer mit der Landflucht an Bedeutung gewinnen.